

Badische Zeitung



Freiburg im Breisgau · Mittwoch, 27. Januar 2016

Leserservice 0800 - 22 24 22 0
Private Kleinanzeigen 0800 - 22 24 22 1
Zentrale 07 61 - 496 - 0
Internet www.badische-zeitung.de

Nr. 21/04 - 71. Jahrgang E 01479
Montag - Freitag: € 1,70
Samstag: € 2,00

Lawrow wirft Berliner Polizei Vertuschung vor

Angebliche Vergewaltigung

MOSKAU (dpa/AFP/BZ). Im Streit um ein vorübergehend verschwundenes deutsch-russisches Mädchen in Berlin hat Russlands Außenminister Sergej Lawrow Vorwürfe gegen die Polizei erhoben. „Es ist klar, dass das Mädchen nicht freiwillig für 30 Stunden verschwunden war“, sagte er am Dienstag in Moskau. „Die Informationen wurden während ihres Verschwindens aus einem unbekanntem Grund sehr lange vertuscht“, meinte er weiter. Die 13-Jährige war laut der Polizei am 11. Januar als vermisst gemeldet worden und tauchte nach 30 Stunden wieder auf. Später kursierte im Netz das Gerücht von der Vergewaltigung durch südländisch aussehende Männer. Die Staatsanwaltschaft ermittelt aber nur wegen des Verdachts, es sei zu einvernehmlichen Sexualkontakten gekommen.

Gegen die angebliche Vergewaltigung hatten am Wochenende in mehreren deutschen Städten Russlanddeutsche demonstriert. Die Landsmannschaft der Russlanddeutschen, die sich als Ansprechpartner der Bundesregierung sieht, distanzierte sich am Dienstag vom Ton der Kundgebungen. Der russischsprachige Aufruf dazu im Internet habe mit den Worten „Achtung! Es ist ein Krieg!“ begonnen.

CSU droht Merkel mit einer Verfassungsklage

BERLIN (dpa). Der Streit zwischen CDU und CSU über die Flüchtlingspolitik gefährdet aus Sicht der SPD den Fortbestand der Großen Koalition. Der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Thomas Oppermann, kritisierte am Dienstag besonders einen offiziellen Beschwerdebrief des CSU-regierten Bayerns an Kanzlerin Angela Merkel (CDU) inklusive der Drohung, notfalls Verfassungsklage zu erheben: „Das ist die Ankündigung des Koalitionsbruchs.“ Derweil wurde bekannt, dass die Koalition ihre Einigung zum Familiennachzug überarbeiten will: Ein Vorschlag von Angela Merkel und SPD-Chef Sigmar Gabriel sieht vor, dass der Nachzug auch bei syrischen Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutzstatus begrenzt wird.

Irans Präsident Rohani zu Gast im Vatikan



QUER DURCH EUROPA

reist dieser Tage der iranische Präsident Hassan Rohani. Am Dienstag war er zu Besuch bei Papst Franziskus, der dabei die wichtige Rolle betonte, die der Iran nach Aufhebung der Sanktionen im Kampf gegen

den Terrorismus spielen könne. Mit dabei Georg Gänswein, Kurienerzbischof aus Südbaden. Rohani reist am heutigen Mittwoch zu Wirtschaftsgesprächen nach Paris weiter. (Seite 4). FOTO: AFP

Rheintalbahn auf dem Gleis

Koalitionsfraktionen wollen am Donnerstag gemeinsam Nachbesserungen der Bahnpläne beschließen

Von Franz Schmider

FREIBURG. Der Ausbau der Rheintalbahn auf vier Gleise zwischen Offenburg und Basel hat seine wohl letzte Hürde genommen. Die Fraktionen von CDU/CSU und SPD verständigten sich am Dienstag auf einen gemeinsamen Antrag, der am Donnerstag vom Bundestag verabschiedet werden soll. Die Mehrheit ist damit gesichert.

Nach den Sitzungen der Fraktionen zeigten sich die beiden Emmendinger Abgeordneten Peter Weiß (CDU) und Johannes Fechner (SPD) erleichtert. „Es ist geschafft“, sagte Fechner, der noch am Montag leichte Zweifel hatte. „Das langatmige und manchmal schwierige Verhandeln hat sich gelohnt“, erklärte Weiß. Er sei froh, dass die Empfehlungen des Projektbeirates vom Juni jetzt durch einen eigen-

nen Bundestagsbeschluss abgesichert würden.

Konkret verlangt der Beschlussvorschlag der Koalitionsfraktionen – die Grünen hatten einen parteiübergreifenden Beschluss beantragt, konnten sich mit dieser Forderung nicht durchsetzen –, dass der Bund die sogenannten Kernforderungen 1, 2 und 6 der Bürgerinitiativen umsetzt. Das ist zum einen der Bau des Offenburger Tunnels statt des Ausbaus der bestehenden Trasse auf vier Gleise. Südlich von Offenburg soll die Bahntrasse neben die Autobahn verlegt werden. Dort gibt es noch Widerstand einiger Gemeinden. Die dritte Forderung (Kernforderung 6) betrifft die Verknüpfung der Neubautrecke mit den Gleisen durch den Katzenbergtunnel. Dort wurden zwar nicht alle Anliegen der Bürgerinitiativen berücksichtigt, doch soll der Lärmschutz gegenüber der alten Planung verbessert werden.

Auf den Bund kommen somit 1,5 Milliarden Euro Mehrkosten zu. Die meisten verursacht der Offenburger Bahntunnel mit kalkulierten 1,1 Milliarden Euro. Weitere 560 Millionen Euro kostet die Verlegung der zwei neuen Gleise an die Autobahn zwischen Offenburg und Riegel. Der verbesserte Lärmschutz bei Müllheim/Auggen kostet weitere 56 Millionen Euro. Das Land übernimmt von diesen Zusatzkosten knapp die Hälfte, 280 Millionen Euro. Bereits vor zwei Jahren hatten sich Bund, Land, Bahn und die Vertreter der Region bei zwei weiteren Kernforderungen verständigt. Sowohl bei der Umfahrung der Stadt Freiburg als auch bei dem Bau der Gleise im Markgräflerland wurde ein verbesserter Lärmschutz vereinbart.

„Wir sind sehr zufrieden“ kommentierte Roland Diehl, der Sprecher der Bürgerinitiative IG Bohr. „Jetzt machen wir einen Knopf auf Baden 21.“ *Tagesspiegel*

TAGESSPIEGEL

Rheintalbahn

Ein Erfolg der Beharrlichkeit

Von Franz Schmider

Was noch fehlt, ist die Formalie fürs Protokoll beziehungsweise die große Geste fürs Schaufenster. Einige der Protagonisten aus der Region werden im Bundestag dabei sein, wenn die Abgeordneten die Hand heben und per Beschluss einen vorläufigen Schlussstrich ziehen unter mehr als zehn Jahre Diskussion und Protest. Mit diesem Beschluss wird eine Planung beendet, die dieses Schicksal verdient hat: Denn sie war veraltet, sie basierte auf überholten Grundlagen und es wurden falsche Prioritäten gesetzt. Allen Ernstes wollte die Bahn 350 Güterzüge pro Tag mitten durch Offenburg, Kenzingen und Herbolzheim rumpeln lassen. Und das in der Annahme, Lärm von Güterzügen störe die Menschen weniger als der von Autos, weshalb die Grenzwerte nicht so streng sein müssten. Nein, diese Planung gehört in den Papierkorb. Was jetzt auf dem Tisch liegt, ist nicht das Optimum, aber es bringt doch wichtige Verbesserungen auf der wichtigsten Güterverkehrsachse der Bahn in Europa. Und für Korrekturen ist es nie zu spät. Die Bürger am Oberrhein dürfen durchatmen und sich freuen – über den Beschluss selbst und die notwendige Klarheit, die er bringt, wie über den Erfolg ihrer eigenen Beharrlichkeit. Diese wird weiter gefragt sein, soll es nicht beim Etappensieg bleiben. Denn beim Umsetzen der Beschlüsse in konkrete Bauwerke steckt der Teufel oft im Detail.

► franz.schmider@badische-zeitung.de

Das Wetter

Sonne und Wolken im Wechsel mit Werten um 14 Grad.



Wetterbericht, Seite 9

Die Börse in Kürze

26.01.2016

| Dax | Dow Jones | Euro |
|----------|----------------------|-----------|
| 9822,75 | 16138,02 | 1,0837 \$ |
| + 0,89 % | + 1,59 % / 20:20 Uhr | + 0,20 % |

Börsenkurse und Wirtschaft, Seite 19

VOR ORT

Eine Tat wie eine Hinrichtung

FREIBURG. Vor der Schwurgerichtskammer des Freiburger Landgerichts muss sich ein 43-Jähriger verantworten, der am 11. September vergangenen Jahres in einem Kosmetikstudio in der Freiburger Innenstadt seine 21 Jahre alte Stieftochter erschossen hat. In der Anklageschrift ist die Rede davon, dass die Tat einer Hinrichtung ähnele. Der Angeklagte verweigerte entgegen der Absprachen jegliche Aussagen zur Person oder zur Tat und kann oder will sich an nichts erinnern. Auch beim psychiatrischen Gutachter schwieg er. *Freiburger Zeitung, Seite 21*

Kultur
Fernsehprogramm
Sport

Seite 11
Seite 14
Seite 15

UNTERM STRICH



Stipendien für Jungfrauen

Ein Vorschlag in Südafrika sorgt für Empörung / Von Johannes Dieterich

Dass ein Mensch nur Medizin studieren kann, wenn er im Mathematik- oder Physikunterricht nicht geschlafen hat, daran haben wir uns längst gewöhnt. Dass eine junge Frau nur studieren kann, wenn sie mit keinem Mann geschlafen hat, auf diese fantastische Idee ist man nun in Südafrika gekommen. Die Verantwortlichen des Uthukela-Distrikts in der Provinz Kwa-Zulu/Natal haben Stipendien für Studentinnen ausgeschrieben, die als Zeichen ihrer Jungfräulichkeit noch nachweisbar über ein Hymen verfügen. Als erstes Los wurden 16 mittellose Mädchen mit einem Studienplatz versorgt, die zuvor einer Überprüfung ihrer vaginalen Unversehrtheit Stand gehalten hatten.

Auf den ersten Blick scheint die Maßnahme sogar Sinn zu machen. Uthukela gehört zu den südafrikanischen Regionen mit den höchsten HIV-Infektionsraten, außerdem brechen hier zahllose Mädchen die Schule ab, die bereits vor dem Abitur schwanger geworden sind. „Wir wollen die jungen Frauen belohnen, die sich auf ihre Ausbildung konzentrieren und dem Sex die kalte Schulter zeigen“, sagt Distrikthebin Dudu Mazibuko.

Dennoch hat die Initiative der Distrikthebin am Kap der Guten Hoffnung zu einem Aufschrei geführt. Weniger traditionsbewusste Südafrikanerinnen verweisen auf den Eingriff in die Intimsphäre einer Frau, wenn nach dem Zustand ihres

Hymens geforscht wird. Das soll den Plänen Mazibukos zufolge nach jeden Semesterferien aufs Neue geschehen. Experten verweisen außerdem darauf, dass das Jungfernhütchen nicht nur beim Sex, sondern auch beim Sport reißen kann. Schließlich gibt es aber einen noch viel traurigeren Umstand. In Südafrika ist die Vergewaltigungsrate so hoch wie in kaum einem anderen Staat der Welt: Statistisch gesehen wird hier jedes dritte Mädchen sexuell missbraucht, noch bevor es auch das Abitur abgelegt hat. In Uthukela werden die Opfer also doppelt bestraft: Nach der Misshandlung brauchen sie sich auch gar keine Hoffnungen auf einen Studienplatz mehr machen.

BZ-SERIE

STREIT UM DEN SCHNEE VON MORGEN



Ohne Kunstschnee kommt kein Wintersportort mehr aus. Nachgeholfen wird längst nicht mehr nur an exponierten Stellen, wo der Schnee durch Wind, Wetter und die Massen der Skifahrer verschwindet. Am Feldberg wird bereits knapp ein Drittel der Pisten künstlich beschneit. Der Anteil soll steigen, doch bislang fehlen die Wasserreserven. Verschärfen die Schneekanonen den Klimawandel oder sind sie die Lösung? *Seite 44*

Freiburg im Breisgau

